

Günter Rausch, in: Odierna S. (2004)...

Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit

„Es gehört gerade zu den Herrschaftsgeheimnissen der bürgerlichen Macht, sich als neutral hinzustellen.“ Was Ernst Bloch noch ungeniert und geradezu selbstverständlich formulieren durfte (1972, S. 79), ist in Kreisen moderner GemeinwesenarbeiterInnen (oder trendiger: QuartiersmanagerInnen) vielerorts mittlerweile verpönt. Selten liest man heute folgende klare Positionierung: „Das Denken muß parteilich sein und ist es immer gewesen. Heute leugnen das nur noch diejenigen ab, die ihre Farbe verstecken müssen oder sich über sie nicht klar sind. Auch die bürgerliche Wissenschaft war nie eine neutrale, obwohl sie sich darüber in falschem Bewußtsein wiegte. Es ist nicht schwer, diese Selbsttäuschung zu beheben.“ (Bloch 1972 S. 78)¹

Als ich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts mein Sozialarbeitsstudium begann, war es in der Tat völlig unumstritten, dass jegliche Sozialarbeit „parteilich“ sein müsse². Parteilich freilich nicht in dem Sinne, sich auf die Seite der Besserbetuchten und Etablierten zu stellen, um sich damit individuelle Vorteile zu verschaffen. Vielmehr ging es, hier mit einem Blick in das seinerzeit unvermeidliche „Philosophische Wörterbuch“, um eine „Parteinahme für die Sache der Arbeiterklasse und den historischen Fortschritt der Menschheit“ (Klaus G. und Buhr M., Bd. 2, 1975, S. 58). Mit Blick auf die Praxis hieß es weniger pathetisch und ein wenig mehr differenzierend: Parteilichkeit für die Betroffenen, Randgruppen oder sozial Benachteiligten. Und bezogen auf die politischen Auseinandersetzungen erinnere ich mich gerne an die Kämpfe um das geplante Atomkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl. Der linke Liedermacher Walter Mossmann hatte mit seinem Song „Auf welcher Seite stehst Du hey...“ die Demonstranten in ihrer Überzeugung bekräftigt, selbstredend die korrekte Wahl getroffen zu haben.

Nun ist der Zeitgeist bekanntlich ein unsteter Geselle. Und der gesellschaftliche Wandel ist längst von außergewöhnlicher Dynamik gekennzeichnet. Die Welt ist nicht mehr so wie sie damals war. Rasante technologische, wirtschaftliche und politische Entwicklungen haben die gesellschaftliche Wirklichkeit in einem neuen Licht erscheinen lassen. Globalisierung, Ökonomisierung, Monetarisierung, Pluralisierung, Individualisierung usw. sollen dies schlagwortartig verdeutlichen. Ganze Weltsysteme sind in sich zusammengebrochen und die politische Landkarte ist innerhalb weniger Jahre nicht mehr wiederzuerkennen gewesen. Haben sich mit den Verhältnissen dann nicht notwendig auch die Haltungen, die Prinzipien und die Begriffe zu verändern? Muss Soziale Arbeit, wenn sie ernst genommen werden will, nicht mit der Zeit gehen? Und wäre es für die Gemeinwesenarbeit, die gerade im Begriff ist, ein spätes Comeback zu feiern, nicht gefährlich, über ein „linkes Vokabular“ identifiziert zu werden?

Zunächst sollen zwei mögliche Irrtümer ausgeräumt werden: Wenn im Folgenden Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen jedweder professionellen Sozialarbeit, bekräftigt werden sollen, so wird nicht im Sinne Lenins unterstellt, dass Parteilichkeit „nur ein heuchlerischer, verhüllter, passiver Ausdruck der Zugehörigkeit zur Partei der Satten, zur Partei der Herrschenden, zur Partei der Ausbeuter“ sei (zitiert in: Klaus und Buhr, S. 57). Es

¹ Selbstredend erforderte im damaligen Verständnis die „Einheit von Wort und Tat“, das dem Denken dann auch ein parteiliches Handeln folgen sollte.

² Dieter Oelschlägel hatte uns Studenten seinerzeit in einem der „großen Streiks“ mit theoretischen Hintergrundmaterial versorgt und „professoral“ bestärkt..

wird auch nicht übersehen, dass in Teilbereichen der Sozialen Arbeit der Begriff der Parteilichkeit durchaus Konjunktur hat (vgl. Hartwig L., Merchel J., 2000). Auffallend häufig

findet er sich in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Mädchen- und Frauenarbeit wieder. „Partei“ wird in diesen Kontexten beispielsweise für mißhandelte Kinder oder Frauen und zwar gegen ihre Peiniger oder gewalttätige Männer ergriffen. Dies ist fachlich zunächst nachvollziehbar. „Parteilichkeit als Grundmaxime“ soll sich hier jedoch traditionell im Sinne einer gesellschaftlich politischen Dimension eines beruflichen sozialarbeiterischen Handelns verstehen. Mit Staub-Bernasconi soll Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession verstanden werden, deren Berufsethos geradezu zur Parteilichkeit gegenüber Unterdrückten und Ausgegrenzten verpflichtet. Danach ist Sozialarbeit „der einzige Beruf, der als Beruf zur Solidarität mit denjenigen verpflichtet, die in und an der Gesellschaft und Kultur leiden.“ (1995, S. 192).

Soziale Arbeit wird also in der Traditionslinie von Befreiung und Emanzipation gesehen,³ wie es von Boulet/Kraus/Oelschlägel 1980 grundlegend formuliert wurde: „Gemeinwesenarbeit muss Beiträge zur tendenziellen Aufhebung und Überwindung von Entfremdung leisten, also die Selbstbestimmung handelnder Subjekte ermöglichen. Damit ist Gemeinwesenarbeit Befreiungsarbeit insofern, als sie die unmittelbaren Wünsche und Probleme der Menschen ernst nimmt, zu veränderndem Handeln unter Berücksichtigung der politisch-historischen Möglichkeiten motiviert und Einsicht in die strukturellen Bedingungen von Konflikten vermittelt. In diesem Sinne kann Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip jede soziale Arbeit strukturieren.“ (S. 156 f.)

Freiheit heißt freilich nicht nur Emanzipation, sondern auch und vor allem Solidarität. Die Losung Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) bringt dies zum Ausdruck. Das eine bedingt dialektisch betrachtet das andere. Insofern hat Soziale Arbeit eben auch einen politischen Auftrag. „Tu Deinen Mund auf für die Stummen, für die Sache aller, die verlassen sind, ... und schaffe Recht dem Bedrückten und Armen“ heißt es schon im Alten Testament (Sprüche 31,8-9). Es kommt also darauf an, Partei zu ergreifen und Strategien der Einflußnahme oder der Einmischung zu konzipieren, die sowohl demokratische Beteiligung (Partizipation) als auch konkrete Verbesserungen der Lebensgrundlagen erstreben (vgl. Milenz I., 1981). Die Bedeutung von Mitspracherechten wurde von Martin Luther King, dem amerikanischen Bürgerrechtler, sehr anschaulich unterstrichen: „Integration ist sinnlos ohne Teilhabe an der Macht. Wenn ich von Integration spreche, dann meine ich keine romantische Mischung von Farben, sondern eine wirkliche Aufteilung von Macht und Verantwortung“ (King M.L., 1974, S. 25). Es geht also um Unterstützung jener Handlungen und jener Erkenntnisse, „die Menschen materiell, sozial und psychisch freier macht, sie vom entfremdeten Bewußtsein zum Bewußtsein von der Entfremdung bewegt, individuelle Verhaltenszwänge und Kommunikationsbehinderung soweit als möglich beseitigt [...] und [...] dadurch die Bedingungen für solidarisches, politisches Handeln“ (Oelschlägel, 1978, S. 62) zu schaffen.

Man mag einwenden, dass dies so gar nicht in die aktuelle Debatte paßt. Es ist noch gar nicht solange her, dass „Die Prinzen“ in den Charts für Furore sorgten: "Man muß ein Schwein sein auf dieser Welt". Dieser Song wurde ein grandioser Erfolg. Und noch immer gibt es einen Autoaufkleber, zumeist auf sehr teuren und sehr schnellen Schlitten, mit den Slogan: "Eure Armut kotzt mich an!" In diese Reihe ordnete sich das Unwort des Jahres 1997 ein: "Wohlstandsmüll". Gemeint war nicht etwa, was alltäglich in den Hinterhöfen der Supermärkte zu beobachten ist, nämlich ganze Müll-Container voller - eingeschweißter-Lebensmittel (Forellenfilets, Schinken, Käse usw.), deren Verfallsdatum abgelaufen war. Nein "Wohlstandsmüll" meinte, einem Zeitungsinterview zufolge, arbeitsunwillige,

³ Nebenbei bemerkt ist auch der Begriff der Emanzipation in der Fachliteratur weitgehend verschwunden.

arbeitsunfähige ja sogar kranke Menschen. Helmut Maucher, der Präsident des Verwaltungsrates des Nestle-Konzerns, sprach über die Arbeitslosigkeit und erklärte u.a., dass "mit der Prosperität ein gewisser Wohlstandsmüll entsteht: Leute, die saufen, Drogen nehmen,

sich abgemeldet haben." Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung meinte der Urheber dieses Unwortes, am 21. Januar 1998: "Ich habe eben Freude an plastischen Formulierungen, aber wer mich kennt, der weiß, daß ich kein zynischer Mensch bin."

Noch immer begegnet uns also diese seltsame Mischung von Überheblichkeit und Ignoranz solcher Leute, die auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben. Sie verweisen aber auch auf die immer länger werdenden Schatten, auf die Spaltung, auf die soziale Ungleichheit und auf die zunehmende soziale Kälte in unserem Land. Längst ist es nicht mehr chic, diese Themen aufzugreifen und gewissermaßen die Finger in die Wunden der spätkapitalistischen Gesellschaft zu legen. „Ideologieverdacht“ und „Rückständigkeit“ lauten die freundlicheren Etikettierungen. Dass es hier jedoch nicht um krampfhaftige Ideologie geht, zeigt das inzwischen vergessene und in unseren Fachkreisen wenig bekannte Sozialwort der christlichen Kirchen. Dort heißt es: „Solidarität und Gerechtigkeit sind notwendiger denn je. Tiefe Risse gehen durch unser Land: Vor allem der von der Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Riß, aber auch der wachsende Riß zwischen Wohlstand und Armut und der noch längst nicht geschlossene Riß zwischen Ost und West" (Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1994, S. 9). Die Kirchen fordern und verpflichten sich selbst zur einer „Option für die Schwachen“, zur Solidarität mit den Armen: „Auf die Menschen in unserer Gesellschaft, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben, wird unsere Aufmerksamkeit gelenkt.“ (ebenda, S. 12)

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung titelte am 18. 11. 1998: „Ein Riß teilt das Land. Abschied vom sozialen Klima der Nachkriegszeit.“ Noelle-Neumann, die bekanntlich nicht dem traditionellen linken Lager zugerechnet wird, veröffentlichte Allensbacher Umfrageergebnisse, wonach vermeintlich längst verschüttet gegangene Einsichten und Begriffe plötzlich wieder mehr Zulauf fänden: „1980 wurde in Westdeutschland zum ersten Mal eine Dialogfrage zum Klassenkampf gestellt. Die eine Ansicht lautete: ‚Ich finde, in der heutigen Zeit ist der Begriff von Klassenkampf überholt.‘ 58 Prozent stimmten zu. Die zweite Ansicht lautete: ‚Auch in der heutigen Zeit ist es richtig und notwendig, von Klassenkampf zu sprechen.‘ 25 Prozent schlossen sich an. Ganz beharrlich haben sich seit damals die Meinungen geändert. Heute finden in Westdeutschland wieder 44 Prozent, der Klassenkampf sei notwendig. In Ostdeutschland treten 56 Prozent für den Klassenkampf ein, bei nur 26 Prozent Gegenstimmen ...“ (a.a.O.).

Angesichts des sozialpolitischen Kahlschlags der letzten Jahre und der aktuellen neoliberalen „Reformen“ der rot-grünen Bundesregierung im Gesundheits- und Sozialbereich ist eine weitere Massenverelendung zu erwarten und nur noch schwerlich zu übersehen. Bauer verweist freilich darauf, dass dies keineswegs notwendig auch zu entsprechenden sozialarbeiterischen Handlungsorientierungen führen muss: "Um von der materiellen Armut als dem gesellschaftlichen Hauptproblem abzulenken, den 'sozialen Frieden' zu sichern und der Massenverelendung 'Herr' zu werden, erfolgt die Aufteilung der Armutsbevölkerung auf verschiedenartige Problemgruppen und Problemlagen. Entsprechend der Vielzahl der auf solche Weise klassifizierten und etikettierten Zielgruppen wird das gesellschaftliche Armutproblem partialisiert, die Methoden und Interventionszugänge der Sozialen Arbeit werden entsprechend diversifiziert und verfeinert.“ (Bauer R., in: SOZIALEXTRA, Heft 1 / 2, 1996, S. 4). Wenige Jahre nach dieser Publikation wird auf der Titelseite derselben Fachzeitschrift konstatiert: „Ökonomische Denkweisen verändern die Soziale Arbeit“ (SOZIALEXTRA Heft 7 2003). Gemeint ist insbesondere die schier unaufhaltsame

BWLisierung der Sozialarbeit, die weitgehend unkritische Übernahme betriebswirtschaftlicher Begriffe und Handlungsmuster im Bereich der Sozialen Arbeit. „Alles, so lautet das Dogma, bedarf zu seiner Lenkung und Führung des Managements nach

betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten“ (Bauer R., in: SOZIALEXTRA, Heft 7, 2003, S. 13). Macht es vor diesem Hintergrund überhaupt noch Sinn, gegen den Strom anzuschwimmen⁴ ? Kann in der entwickelten Konkurrenz- und Ellbogengesellschaft "Solidarität" überhaupt noch gelingen, wenn beispielsweise schon in einem Stadtteil die Komplexität und die inneren Zerwürfnisse so groß sind, daß oftmals trotz massiver gemeinsamer Probleme gemeinschaftliches Handeln nur schwer denkbar ist. Ist „Parteilichkeit“ im Alltagsgeschäft der heutigen Sozialen Arbeit überhaupt noch möglich, wenn längst Teile der Verlierergruppe sich gegen andere Mitverlierer versuchen abzuheben und im Gegeneinander ihre Chancen suchen? Sind also auch die alten Deutungsmuster der Auseinandersetzungen zwischen „unten und oben“ dem „jeder gegen jeden“ gewichen?

Getreu dem Motto „Global denken, lokal handeln“ soll im Folgenden versucht werden, auf das Terrain, auf dem nun einmal die Gemeinwesenarbeit zuvörderst beheimatet ist, die Diskussion weiterzuführen: Auf der kommunalpolitischen Ebene. Hier könnten BürgerInnen am ehesten Einblicke in Entscheidungsabläufe erhalten, ihre demokratischen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten erfahren und an der gemeinsamen Gestaltung der "Polis" beteiligen. Notwendigerweise würden sie dabei in einem System, das nach zweckrationalen, interessengeleiteten Gesichtspunkten organisiert ist, auf Widersprüche und Widerstände stoßen. Hier müßte sich nun einerseits die Qualität der Solidarisierungspotentiale erweisen, andererseits könnten bewußtseinsbildende Erkenntnis gewonnen und reflektiert werden. Zugleich bedürfte es kreativer, aktionsorientierter Teilnehmungsformen, die möglichst viele Betroffene zum Mitmachen ermuntern, um so die klassischen Ziele der Gemeinwesenarbeit zu erreichen:

„- die Herstellung von Handlungszusammenhängen zu betreiben, innerhalb derer die Menschen politisch handeln lernen und die Entfremdung zu den anderen Menschen tendenziell aufheben können,

- Anleitung zur Aneignung zu sein, indem die Menschen lernen, die Entfremdung zu sich selbst, zur eigenen Geschichte aufzuarbeiten und zu neuem Selbstbewußtsein zu kommen.“ (Boulet, Kraus, Oelschlägel, 1980, S. 196).

Man mag einwerfen, dass der Wissenschaftsdiskurs jener Zeit und damit auch obige Handlungsorientierungen längst überholt seien. Ernsthaft könnte auf der wissenschaftstheoretischen und philosophischen Ebene im Zuge der „Postmodernen“ und des „Radikalen Konstruktivismus“ die Existenz von historischer Wahrheit und Objektivität grundsätzlich bestritten werden. Während Wolfgang Fritz Haug 1973⁵ das marxistische Wissenschaftsverständnis rekonstruierte und darauf verwies, dass Objektivität und Parteilichkeit in einem dialektischen Verhältnis zueinanderstehen, wird in der postmodernen und systemisch-konstruktivistischen Debatte die subjektive und bestenfalls intersubjektive Konstruktion von pluralen Wirklichkeiten behauptet (vgl. Kleve H., 1999). Wenn es nunmehr keineswegs mehr sicher sein soll, dass es eine objektive, für alle nachvollziehbare und erkennbare Wirklichkeit gibt, die der Analyse zugänglich und durch das Handeln veränderbar ist, liegt es durchaus nahe, auch den Standpunkt der Parteilichkeit aufzugeben. Die wissenschaftstheoretische und philosophische Auseinandersetzung kann an dieser Stelle nicht

⁴ In den 70 er Jahren gab es noch den Autoaufkleber: „Nur ein toter Fisch schwimmt mit dem Strom!“

⁵ vgl. Haug W.F., Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, 19973, S. 143 ff.

nachvollzogen werden (vgl. Rausch G. 1998). Wenn jedoch alles gehen und mehr oder weniger richtig sein soll („anything goes“), warum dann nicht auch das Handlungsprinzip der Parteilichkeit? Wenn Wirklichkeit konstruiert wird und wir unsere Konstruktionen nach dem Nützlichkeitsprinzip selbst auswählen und zusammenbasteln können/müssen, warum schauen wir dann nicht einfach, was passieren würde, wenn wir als Professionelle parteilich handeln?

Professionelle GemeinwesenarbeiterInnen, deren Stellen zumeist direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln finanziert sind, werden dabei früher oder später in eine Zwickmühle geraten. Stellen sie sich auf die Seite der Betroffenen und geraten damit möglicherweise in Loyalitätskonflikte zu ihren Brötchengebern und gefährden sogar ihren Arbeitsplatz? Oder halten sie sich zurück und gefährden das mühsam aufgebaute Vertrauensverhältnis zu den BewohnerInnen sowie dem nachhaltigen Erfolg ihrer Arbeit? In der Praxis bieten sich vielfältige Möglichkeiten, adäquate Strategien und Taktiken einzusetzen, um konsequent parteilich zu handeln, ohne sich unnötigerweise beruflichen Risiken auszusetzen. Häufig geht es aber gar nicht mehr um diese persönlichen Existenzängste, zumal die Herausforderung zur Solidarität erst gar nicht empfunden wird.

Auf einer anderen Ebene, die an die Unübersichtlichkeit im Gemeinwesen anknüpft, empfiehlt Wolfgang Hinte, sich vom Prinzip der Parteilichkeit zu verabschieden. Sein Modell basiert auf der Dichotomie von Lebenswelt und System: „Lebenswelt und die Interessen der BürgerInnen“ auf der einen und die Entscheidungsträger und die „steuernden Instanzen in Politik, Verwaltung und Unternehmen“ anderen Seite (Hinte W., 1996: 107). Dazwischen soll, so Hinte, die Soziale Arbeit als *intermediäre Instanz*, „vergleichbar mit einem Gelenkstück, über das auf allen Ebenen und zwischen verschiedenen Ebenen Vernetzungen hergestellt werden“ fungieren (Hinte W., 1996: 198). Soziale Arbeit wird zum Vermittler oder Dolmetscher zwischen BewohnerInnen und Verwaltung oder Politik. Im Rahmen eines „Dialogmanagements“ werden die unterschiedlichen Sprach- und Wertesysteme auf eine kommunizierbare Ebene gebracht werden.

Wie verhält sich Soziale Arbeit in Konfliktsituationen zwischen den beiden Welten? Hinte empfiehlt für Politik und Verwaltung „seriöse Zustandsbeschreibungen [...] aus der Sicht der betroffenen Menschen“ zu liefern und gleichzeitig „bei den BürgerInnen Aufklärungs- und Organisationsarbeit“ zu leisten (Hinte W., 1996: 108). Wieviel Einblick in die jeweiligen Stärken und Schwächen liefert Soziale Arbeit den Kontrahenten? Läuft die „intermediäre Instanz“ nicht in die Gefahr als vermeintliches „Neutrum“ (vgl. Bloch) zumindest ungewollt ausgenutzt zu werden? Und werden nicht die sozial Benachteiligten in ihrer milieuspezifischen Ausdrucks- und Vorgehensweise durch die eingeschobene Vermittlungsinstanz noch weiter sich selbst entfremdet? Haben sie nicht das Recht auf die Erfahrung originärer, unvermittelter Auseinandersetzungen mit Macht- oder MandatsträgerInnen? Könnte ein „Liveevent“ mit einem authentischen, ungeschminkten Kennenlernen anderer Systeme und Lebenswelten nicht für beide Seiten sehr lehrreich sein? Letztlich wird mit diesem intermediären Modell zum einen eine Chancengleichheit auf beiden Seiten unterstellt und „Boshaftigkeit“⁶ und „Inkompetenz“ geradezu flächendeckend verteilt. Zum anderen entsteht der Eindruck, daß Konflikte zwischen „denen da unten“ und „denen da oben“ letztlich eine Frage der Kommunikation seien. Erkenntnisleitende Interessen, wirtschaftliches und/oder politisches Kalkül sowie Machtstrukturen werden ausgeblendet.

In aller Regel wissen sich die VertreterInnen von Verwaltung, Politik oder Wohnbauunternehmen selbst zu helfen. Sie verfügen über jene Ressourcen oder

⁶ Abgesehen davon, daß es gar nicht darum gehen kann „Boshaftigkeit“ zu unterstellen, sondern um Interessengegensätze oder verschiedenartige Intentionen, deren Realisierung nicht gleichzeitig möglich ist, wirkt Hintes Einlassung, einige solcher boshafter oder inkompetenter Exemplare seien „nur mit allergrößter Selbstdisziplin oder in betrunkenem (sic!) Zustand zu ertragen“ (Hinte W., 1996: 110) geradezu peinlich.

Entscheidungsmacht, die oftmals von den BürgerInnen konkret eingefordert werden: Die einen wollen etwas, was die anderen haben, aber nicht hergeben können oder wollen.

Parteiliche Gemeinwesenarbeit informiert, ermutigt, berät und so weit es geht unterstützt sie die Betroffenen, ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen. Ohne diese parteiliche Unterstützung fehlt ihnen oftmals nicht nur das erforderliche Wissen über ihre Rechte, Pflichten und Handlungsmöglichkeiten, sondern gerade auch das Selbstvertrauen und der Mut, sich in unbekannte Auseinandersetzungen und Prozesse hineinzubegeben. Andernfalls bedürfte es kaum einer Gemeinwesenarbeit; die BürgerInnen wüßten sich von alleine zu helfen. Erst die Ungleichheit und die Benachteiligung begründen den professionellen Einsatz von GemeinwesenarbeiterInnen, mit dem Ziel Beiträge zur Überwindung oder Verhinderung derselben zu leisten. Es sei denn Soziale Arbeit begreift sich als Schmieröl im Räderwerk des Systems oder wie es Walter Hollstein einst formulierte, als „Agent und Repräsentant des herrschenden Staats“ (Hollstein W., 1973, S. 39).

Für Hinte war dies 1989 auch noch unbestritten. Seinerzeit beinhaltete sein Konzept stadtteilbezogener Sozialer Arbeit noch die „Parteilichkeit für unter den Folgen repressiver Sozialpolitik leidende Bevölkerungsgruppen“ (Hinte W., 1989: 33). Zwar, so räumte er ein, könnte diese Gemeinwesenarbeit nichts an gesellschaftlich produzierter Not und Ungerechtigkeit ändern, „aber sie stellt sich parteilich den Folgen“ (Hinte W., 1989: 38).

Selbstverständlich meint Parteilichkeit nicht die naive Zustimmung oder die blinde Einwilligung in jegliche Handlungsweise der Betroffenen. Es geht nicht um einen Blankoscheck etwa für individuelles Fehlverhalten oder auch kollektivem Eigennutz. Vielmehr meint professionelle Parteilichkeit, die Unterstützung sozial Benachteiligter, ungerecht Behandelte oder schlichtweg gehandicapter Personengruppen im Bemühen sich zu artikulieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Parteilichkeit will ungerechtfertigte Benachteiligungen überwinden, Beiträge zur Chancengleichheit leisten. Sie geschieht im Geiste der Aufklärung und der Menschenrechte und schließt somit notwendigerweise die Parteinahme für entgegengesetzte Bestrebungen aus. Letztlich müssen freilich die Menschen selbst entscheiden können, ob diese Unterstützung zum Beispiel auch Vermittlungs-, Dolmetscher- oder Moderationsdienste beinhalten soll. Intermediäre Funktionen oder Dialogmanagement und Parteilichkeit schließen sich keineswegs von vornherein aus. Es kann durchaus im Sinne professioneller Parteilichkeit sein, ein geeignetes Setting für einen Klärungs- und Aushandlungsprozeß herzustellen. Oder als ModeratorIn benachteiligten TeilnehmerInnen „etwas unter die Arme zu greifen“. Parteiliche ModeratorInnen, was zunächst als Widerspruch erscheinen mag, „schaffen Raum für alle Beteiligten, gerade auch für die, die sonst nicht zu Wort kommen. Sie bitten die zu sprechen, die zögernd die Hand heben, die mit dem Kopf schütteln oder zustimmend nicken“ (Springer W., 1993: 184). Sie achten darauf, daß im Interesse der Betroffenen die Kommunikationswege offenbleiben, daß möglichst viele Alternativen bedacht werden und die bewährten Strukturen und Zusammenhänge nicht durch übereilte Maßnahmen gefährdet werden.

Parteiliche SozialarbeiterInnen sind natürlich auch keine unreflektierten Katalysatoren unsinniger oder aussichtsloser Bewohnermeinungen und Stadtteilstimmungen. Es kann durchaus die Aufgabe sein, in konkreten Situationen auf mögliche negative Wirkungen des Vorgehens oder die Einhaltung der Spielregeln hinzuweisen. Gerade auf der Basis eines gewachsenen Vertrauens und der erklärten Solidarisierung fällt es leichter, kritisch zu hinterfragen und alternative Denk- und Handlungsmodelle zur Diskussion selbst dann zu

stellen, wenn sie aktuell im Widerspruch zu verbalisierten Betroffenenmeinungen stehen sollten.

Vor dem Hintergrund von Individualisierung und Pluralisierung wird klar, daß oftmals neue solidarische Lebensformen und Lebensstile erst inszeniert werden. "Inszenierung" ist dabei mehrdeutig zu verstehen: Einerseits muß das Individuum sich selbst "in Szene" setzen. Es muß selbst die Kontakte herstellen, seine Attraktivität hervorheben, diese Beziehungen

pflegen und mitunter auch wieder lösen, um andere einzugehen. Zum anderen gilt es vielfach, angemessene Beziehungsgeflechte und gemeinschaftliche Formen erst zu entwickeln. Diese müssen, den Bedürfnissen und der Situation entsprechend, mit gleichsam Interessierten oder Betroffenen ausgehandelt und ins Leben gesetzt werden.

In der entwickelten Moderne, die mehr denn je von ökonomischen, politischen und kulturellen Ungleichheiten geprägt ist, sind auch die kommunikativen und sozialen Ressourcen ungleich verteilt. „Je höher der Bildungsstand einer Person ist, desto größer sind ihre Netzwerke, desto mehr soziale Unterstützung findet sie, desto vertrauter sind die Beziehungen und desto weiter ist die geographische Reichweite der Beziehungen: "Mit dem Einkommen steigt die Zahl der vertrauten Personen, die nicht aus der Verwandtschaft stammen und es wächst auch die Qualität und die Sicherheit der von diesen Personen erwartbaren praktischen und gemeinschaftlichen Unterstützung." (Fischer C.S., zitiert nach Keupp H., 1987: 39 f.)

Wer, wenn nicht die Soziale Arbeit, als Menschenrechtsprofession, sollte die notwendige Unterstützungsarbeit leisten? Wer sonst könnte vor Ort wirksame Beiträge zur Überwindung oder Vermeidung von Ausgrenzung leisten, wenn nicht Soziale Arbeit mit dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit?

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der unübersehbaren Massenverelendung liegt es auf der Hand, daß der Bedarf an Unterstützung bei der Inszenierung, Begleitung und Nutzung adäquater solidarischer Netze groß ist. Es kann dabei nicht darum gehen, den uralten, zumeist verengt geführten Streit zwischen Einzelhilfe und Gemeinwesenarbeit wieder auszugraben, vielmehr bedarf es einer Sozialarbeit, die Hejo Manderscheid "solidaritätsstiftende Arrangements statt Fürsorge" nennt (Sozialarbeit - das Ende einer heiligen Kuh, in: Publik-Forum vom 19. Dezember 1997). Viele verbinden mit Solidarität noch den alten Mythos einer "solidarischen Arbeiterkultur" vergangener Zeiten. Solidarität hat heute jedoch kaum mehr etwas von diesem romantizistischen Touch. Anton Rauscher definiert Solidarität im Staatslexikon als "wechselseitige Verbundenheit von mehreren bzw. vielen Menschen, und zwar so, daß sie aufeinander angewiesen sind und ihre Ziele nur im Zusammenwirken erreichen können" (Rauscher A., 1988: 1191). Solidarität hat demnach zum einen ein *wechselseitiges* Angewiesensein und zum anderen *gleiche* oder ähnliche Ziele bzw. Interessen zur Voraussetzung. Im Unterschied zur Gemeinschaft impliziert Solidarität jedoch immer zugleich auch eine *Ungleichheit* oder Differenz. In der Regel gibt es sogar zahlreiche Differenzen zwischen den einzelnen Personen. Gleichzeitig braucht es aber auch ein gewisses Quantum an Gemeinsamkeit und Gleichheit. Oftmals genügen bereits punktuelle Übereinstimmungen, um jene besondere wechselseitige Beziehung herzustellen und die Differenzen zu überbrücken.

„Solidarität“ erscheint in der entwickelten Konkurrenzgesellschaft schier eine paradoxe Erscheinung zu sein. Sie ergibt sich keineswegs von alleine. Solidarität muss erfahren, muss gelernt werden. Wichtig ist, daß sich Menschen begegnen können und so jenes Quantum an Gemeinsamkeit und die Basis des wechselseitigen Vertrauens entstehen können. Also bedarf es alltagsorientierte Begegnungsorte und Lernfelder. Der lebensweltliche Zusammenhang, etwa innerhalb eines Wohnquartieres, bietet die Voraussetzungen für die Entwicklung jener zwischenmenschlicher Verständigung im Alltag, die der Solidarität vorausgehen muß.

Ohne die oftmals organisierte, arrangierte Begegnung und das Gespräch, in dem die unterschiedlichen Sichtweisen und Erwartungen artikuliert werden können, wird das kommunikative Handeln jedoch schwerlich gelingen können. Dabei wäre es illusionär zu glauben, die vielen Differenzen und Divergenzen immer durch Konsense regeln zu können. Parteiliche Sozialarbeit könnte dazu beitragen, die feinen oder auch die groben Unterschiede – vor allem aber auch die Gemeinsamkeiten trotz alledem - herauszuarbeiten, und darauf hinzuwirken, daß trotz Dissens ein Nebeneinander oder auch ein Miteinander möglich wird.

Solidarität bietet, unter diesen Prämissen durchaus eine hoffnungsvolle Perspektive für das Zusammenleben in der Risikogesellschaft. Im gemeinschaftlichen Handeln wird das „Prinzip Hoffnung“ aufgehoben, bestehen am ehesten Chancen Entfremdung und Ausgrenzung zu überwinden und neue, zeitgemäße Formen des solidarischen Zusammenlebens zu entwickeln. Denn wenn „Solidarität der menschlichen Interessen verwirklicht werden soll, wird es undenkbar, dass eine Klasse von Menschen für die vermeintlichen Bedürfnisse einer anderen Klasse von Menschen geopfert werden soll. [...] Für verschiedenste Gruppen von Männern und Frauen in der ganzen Welt ist offenbar die Zeit gekommen, um sicherzustellen, dass alle Menschen gegen den Hungertod versichert werden müssen.“ (Jane Addams, zitiert nach Staub-Bernasconi 1995, S. 5)

Professionelle Sozialarbeit hat mit dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit eine theoretische und operationale Handlungsorientierung, um diese Prozesse zu unterstützen. Unter Rückgriffe auf die eigene Theoriesgeschichte untermauert sie ihre fachliche Autonomie und distanziert sich von modischen Attitüden. Geradezu antizyklisch ausgerichtet vermag sie so auch in turbulenten Zeiten Orientierung beizubehalten und zuverlässiger Partner für jene zu sein, die dringend der Solidarität bedürfen. Schließlich und nicht zuletzt hilft sich Soziale Arbeit über die Solidarisierung und Parteilichkeit im Brecht'schen Sinne angesichts der allseitigen Stellen- und Mittelkürzungen selbst: "Hilf Dir selber, in dem Du uns hilfst: übe Solidarität!".

Literatur:

Bauer R., Höher, weiter, schneller! Olympiade der Freien Träger?, in: SOZIALEXTRA, Heft 7, 2003

Bauer R., Sehr gefragt: Solidarität und Selbsthilfe, in: SOZIALEXTRA, Heft 1 / 2, 1996

Bloch E., Pädagogica, Frankfurt am Main, 1972

Boulet J.J., Kraus E.J., Oelschlägel D., Gemeinwesenarbeit, Eine Grundlegung, Bielefeld; 1980

Hartwig L., Merchel J., Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit, Münster, New York, Bielefeld, 2000

Hinte W. u. Karas F., Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis, Frankfurt a. Main u. Neuwied, 1989

Hinte W., Mit Bürgern gemeinwesenbezogen arbeiten: Perspektiven statt Visionen, in: Wendt W.R. u.a., 1996

Hinte W., Von der Gemeinwesenarbeit zur Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit, in: Hinte W. u. Karas F., 1989

Hollstein W. und Meinhold M., Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. Main, 1973

Keupp H., Soziale Netzwerke – Eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs, in: Keupp H. u. Röhrle B., Soziale Netzwerke, Frankfurt a. Main, New York, 1987

King M.L., Testament der Hoffnung. Letzte Reden, Aufsätze und Predigten, Gütersloh, 1974

Prof. Dr. Günter Rausch, Freiburg

Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit, in: Odierna S., Berendt U. (Hrsg.), Gemeinwesenarbeit, Entwicklungslinien und Handlungsfelder, Neu-Ulm. 2004, S. 83 –94

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1994

Klaus G. und Buhr M., Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin, 1975

Kleve H., Postmoderne Sozialarbeit. Ein systemtheoretisch-konstruktivistischer Beitrag zur Sozialarbeitswissenschaft, Aachen, 1999

Milenz I., Die Strategie der Einmischung - Soziale Arbeit zwischen Selbsthilfe und kommunaler Politik, in: Neue Praxis, Sonderheft 6, 1981

Oelschlägel D., Emanzipation, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Fachlexikon der sozialen Arbeit, Frankfurt a. Main, 1978

Rausch G., Gemeinschaftliche Bewältigung von Alltagsproblemen, Gemeinwesenarbeit in einer Hochhaussiedlung, Münster, 1998

Springer W., Sozialarbeiter/-innen im Konflikt zwischen Parteilichkeit und Konfliktmoderation, in: Caritas, Heft 4, 1993

Staub-Bernasconi S., Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international, oder: vom Ende der Bescheidenheit Bern, Stuttgart, Wien, 1995

Wendt W.R. (Hrsg.), Zivilgesellschaft und soziales Handeln, Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen, Freiburg, 1996